

Matthias Hauer

Ihr Abgeordneter für den Essener Süden und Westen

Newsletter ••• 1/18

19.01.2018



Der Deutsche Bundestag gedenkt mit einem Staatsakt am 18. Januar des verstorbenen ehemaligen Bundestagspräsidenten Dr. Philipp Jenninger. © Deutscher Bundestag/ Achim Melde

Parlament setzt Fachausschüsse ein

Knapp vier Monate nach der Bundestagswahl hat der Deutsche Bundestag am Mittwoch einstimmig 23 Fachausschüsse eingesetzt. Damit kann das Parlament seine reguläre Arbeit auch in den Ausschüssen fortsetzen. Ihnen gehören zwischen 14 und 49 Abgeordnete an. Über die personelle Besetzung der Ausschüsse wird in den nächsten Tagen entschieden.

Normalerweise werden die Ausschüsse erst im Zuge der Regierungsbildung eingesetzt, um jeweils die Ministerien abzubilden. Da die Gesetzgebungsarbeit jedoch zum Großteil in den Fachausschüssen stattfindet und sich die Regierungsbildung noch verzögert, wollten die Fraktionen nicht länger warten. Zunächst wurden daher dieselben Ausschüsse eingesetzt, die es in der vergangenen Legislaturperiode gab. Bisher hatte es für den Beginn der laufenden Legislaturperiode nur einen Hauptausschuss gegeben, in dem die Entscheidungen vorbereitet wurden.

Antisemitismus stärker bekämpfen

Auf Initiative der Union hat sich der Deutsche Bundestag zudem in einem gemeinsamen Antrag von Union, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen klar gegen jede Form von Antisemitismus ausgesprochen. Anlass ist u.a. das Verbrennen israelischer Flaggen vor dem Brandenburger Tor Ende 2017. „Der größte Teil antisemitischer Delikte ist weiterhin rechtsextrem motiviert“, erklärt der Unionsfraktionsvorsitzende Volker Kauder. „Aber wir erleben, dass dazu verstärkt ein arabischstämmiger Antisemitismus tritt.“ „Wir werden einen durch Zuwanderung erstarkenden Antisemitismus ebenso wenig dulden wie bestehende Formen des Antisemitismus in Deutschland“, betonte auch der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Stephan Harbarth. „Daher setzen wir uns unter anderem für die Einrichtung eines Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung ein, der Maßnahmen zur Bekämpfung des Antisemitismus koordinieren soll.“

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Essenerinnen und Essener!

Nach intensiven Verhandlungen haben sich CDU, CSU und SPD am 12. Januar auf ein Sondierungspapier geeinigt (siehe auch S. 2). Die Vereinbarung spricht für gute Verhandlungen seitens der Union und ein für beide Seiten tragbares Zwischenergebnis. Auch in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben wir die Sondierungsergebnisse ausführlich diskutiert und sind bereit, sie in Koalitionsverhandlungen zu konkretisieren. Wenn sich die SPD am kommenden Sonntag ebenfalls dazu entschließt, können wir nicht nur eine stabile Regierung bilden, sondern auch wichtige gesellschaftliche Herausforderungen konsequent angehen. Wir wollen ohne Steuererhöhungen und ohne neue Schulden u.a. mehr in Bildung und Schulen investieren sowie Familien und die breite Mitte der Gesellschaft finanziell entlasten.

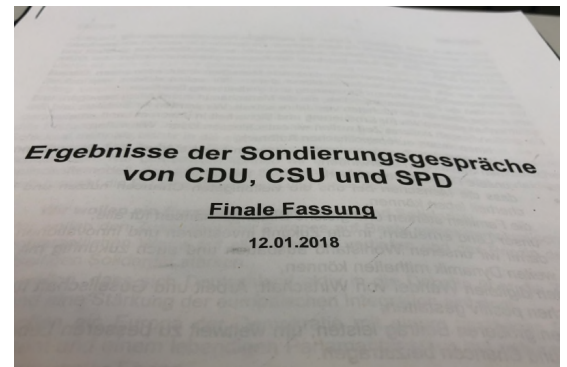
Sollten Sie Fragen zur Bundespolitik oder Anregungen zu Themen aus Bund, Essen oder Ihrem Stadtteil haben, ist meine nächste Bürgersprechstunde dafür eine gute Gelegenheit. Am 23. Januar werde ich von 16 bis 18 Uhr telefonisch für Sie zur Verfügung stehen (siehe auch S. 4).

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern ein frohes neues Jahr mit Glück, Gesundheit und Gottes Segen!

Ihr

Matthias Hauer MdB





Nach einem 24-stündigen Verhandlungsmarathon in der Schlussrunde präsentierten die Parteivorsitzenden von CDU, CSU und SPD am 12. Januar die Ergebnisse der Sondierungsgespräche in einem 28-seitigen Papier. Bild links: Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel stellt die Ergebnisse der Sondierungsgespräche in der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 12. Januar vor.

Sondierungsergebnisse von CDU, CSU und SPD im Überblick

Nach intensiven Verhandlungen haben CDU, CSU und SPD am 12. Januar die Ergebnisse ihrer Sondierungsgespräche vorgelegt. Sie bilden die Grundlage für mögliche Koalitionsverhandlungen. Hier finden Sie einen kurzen Überblick über wesentliche Punkte der Vereinbarung:

Keine Steuererhöhung und ausgeglichener Haushalt

Steuererhöhungen soll es nicht geben. Der Solidaritätszuschlag soll schrittweise abgeschafft werden. In dieser Wahlperiode sollen bereits 90 Prozent der Soli-Zahler durch eine Freigrenze vollständig vom Soli entlastet werden. Ein ausgeglichener Bundeshaushalt ohne neue Schulden bleibt weiterhin das Ziel.

Migration steuern und begrenzen

Die Bearbeitung von Asylverfahren soll künftig schnell und effektiv in zentralen Aufnahme-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtungen (ANKER) erfolgen. Der Familiennachzug für Flüchtlinge mit eingeschränktem Schutzstatus soll eng begrenzt werden. Der Nachzug bleibt vorerst ausgesetzt, bis es eine Neuregelung gibt. Es ist Ziel, dass die Zuwanderung die Spanne von 180.000 bis 220.000 Menschen nicht übersteigt.

Innere Sicherheit: Mehr Investitionen in Polizei und Justiz

In den Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern sollen 15.000 neue Stellen geschaffen werden. Außerdem sind 2.000 neue Stellen in der Justiz – in Gerichten, Staatsanwaltschaften und Vollzugsbehörden – geplant. Dadurch sollen effizientere Verfahren ermöglicht werden.

Familien stärker unterstützen

Ziel ist es, Familien zu stärken und weiter zu entlasten. Das Kindergeld soll in zwei Schritten um 25 Euro pro Monat steigen – und zwar zehn Euro mehr ab 1. Juli 2019 und 15 Euro mehr ab Anfang 2021. Die Kommunen sollen weiter beim Ausbau der Kinderbetreuung unterstützt und die Qualität der Betreuung verbessert werden. Gleichzeitig sollen die Kosten für Eltern sinken, möglichst bis zur Gebührenfreiheit. Zudem soll ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter geschaffen werden.

Mehr Investitionen in Bildung

Schulen und Hochschulen bleiben in der Verantwortung der Bundesländer. Dennoch will der Bund gemeinsam mit den Ländern einen nationalen Bildungsrat

einrichten und eine Investitionsoffensive für Schulen auf den Weg bringen. Schwerpunkte sind dabei die Modernisierung von Schulen und Berufsschulen, das Schulsanierungsprogramm und die Digitalisierung.

Gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen

Es ist das Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu erreichen. Dazu gehört u.a. eine Wohnraumoffensive. Alle bisher kommunal entlastenden Finanzprogramme sollen fortgeführt werden. Eine Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ soll u.a. konkrete Maßnahmen erarbeiten, um zum Beispiel Kommunen mit Altschulen und hohen Kassenkrediten zu unterstützen.

Arbeitsmarkt und Fachkräftemangel

Bereits in ihrem Regierungsprogramm hatte die CDU das Ziel der Vollbeschäftigung festgeschrieben. Dieses Ziel ist auch im Sondierungsergebnis verankert. Besonderes Augenmerk liegt darauf, Langzeitarbeitslosen den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, soll eine Fachkräftestrategie entwickelt und ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz verabschiedet werden.

Bewertung durch die Unionsfraktion

Unionsfraktionschef Volker Kauder wies darauf hin, dass alle Seiten Kompromisse eingegangen seien. Insgesamt wird das Papier als gute Grundlage für weitere Verhandlungen bewertet. „Unser Land braucht eine stabile Regierung“, so Kauder.



Matthias Hauer im Gespräch mit Andrea Demler, Leiterin der Essener Agentur für Arbeit

Perspektiven für Essener Arbeitslose

Die aktuelle Situation auf dem Essener Arbeitsmarkt sowie Perspektiven für arbeitslose Menschen – über diese Themen hat sich Matthias Hauer MdB am 8. Januar mit Andrea Demler, Geschäftsführerin der Agentur für Arbeit Essen, ausgetauscht. „Menschen aus der Langzeitarbeitslosigkeit zu helfen, Schulabgänger zu fördern, geflüchtete Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren und nicht zuletzt die Veränderungen durch die Digitalisierung – das sind Herausforderungen, die unseren vollen Einsatz benötigen“, bekräftigt Matthias Hauer. Die Union hatte in ihrem Regierungsprogramm das Ziel der Vollbeschäftigung festgeschrieben und dies auch im Sondierungsergebnis mit der SPD verankert. „Insbesondere Menschen, die schon sehr lange arbeitslos sind, brauchen eine Perspektive“, so Matthias Hauer.

Grillo-Theater: Austausch über Kulturstandort

„Theater und Kultur stärken in Essen“ – unter diesem Motto hat sich Matthias Hauer MdB am 3. Januar mit Beschäftigten im Grillo-Theater ausgetauscht. Mit Schauspielerinnen Stephanie Schönfeld, Bühnenmeister Kalle Spies (r.) und Tonmeister Markus Hesse sprach der Essener Bundestagsabgeordnete über die Arbeit am Theater, die verschiedenen Theaterberufe, die Nachwuchsförderung, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie über Möglichkeiten zur Stärkung der Essener Kulturlandschaft. „Schon als Kulturhauptstadt Europas hat Essen gezeigt, wie Strukturwandel auch durch Kultur vorangebracht wird und wie das Kulturangebot das gesamte Ruhrgebiet noch attraktiver macht“, betonte Matthias Hauer MdB.



Prof. Schneider und Matthias Hauer beim Rundgang durch die Ausbildungsräume

Besuch der Hochschule der bildenden Künste

Im Dezember war Matthias Hauer MdB in der Hochschule der bildenden Künste (HBK) Essen in Kupferdreh zu Gast. Mit Prof. Stephan Paul Schneider (Präsident) und Michael Timpe (Kanzler) sprach der Bundestagsabgeordnete über die Arbeit der Hochschule und die aktuellen Herausforderungen. Beim anschließenden Rundgang durch die Hochschule konnte Matthias Hauer auch die entsprechenden Werkstätten und Ausbildungsräume kennenlernen. Die HBK Essen ist eine staatlich anerkannte, private Kunsthochschule. Hier können Studentinnen und Studenten den Bachelor of Fine Arts (B.F.A.) in den Studiengängen Bildhauerei/Plastik, Fotografie/Medien und Malerei/Grafik erlangen.

Weihnachten: Malaktion in Heisingen

Ein ganz besonderes Motiv hat 2017 die Weihnachtskarte von Matthias Hauer MdB geziert: Gemalt hatte es die Schülerin Milla Rosa Cassaro. Die Achtjährige lernt in der Klasse 3a der Georgschule in Heisingen. Bereits im Oktober hatten die Kinder der ganzen Klasse 3a ihre Weihnachtsmotive für den Bundestagsabgeordneten zu Blatt gebracht (siehe Foto r.); Matthias Hauer wählte anschließend ein Motiv aus. „Ich bedanke mich herzlich bei den Kindern und ihren Eltern“, sagt er. „Die Bilder sind alle sehr schön geworden. Die Auswahl ist meinem Team und mir wirklich schwer gefallen.“ Ein Dankeschön hatte der Bundestagsabgeordnete bei seinem Besuch für die Kinder auch dabei – ein Quiz sowie Lesestoff, die auch im Unterricht verwendet werden können.



Die Kinder der Klasse 3a der Georgschule in Heisingen präsentieren ihre Weihnachtsmotive.



Telefonische Bürgersprechstunde

Am 23. Januar findet die nächste telefonische Bürgersprechstunde von Matthias Hauer MdB statt. In der Zeit von 16 bis 18 Uhr steht der Essener Bundestagsabgeordnete für Fragen und Anregungen von Anrufern aus Essen bereit.

Zur Koordination der Anrufe melden sich Interessenten bitte bis einen Tag im Voraus telefonisch unter 0201 545 46100 an, um einen Termin zu vereinbaren. „Ich freue mich auf den Austausch mit Ihnen!“, bekräftigt Matthias Hauer.

Bürgersprechstunde mit Matthias Hauer MdB:

Wann: 23. Januar von 16 bis 18 Uhr

Telefon: 0201 545 46100 (zur Terminvereinbarung)

Sprechen Sie Matthias Hauer gerne an!



Unterstützen mich in Essen und Berlin: Katrin Arnholz, Carolin Adamek, Savina Lobina, Cathérine Ricken-Lefor und Dirk Alexander Stahns (v.l.)

Seit September 2013 ist Matthias Hauer der direkt gewählte Bundestagsabgeordnete für den Essener Süden und Westen. In der 18. Wahlperiode gehörte er dem Finanzausschuss sowie als stellvertretendes Mitglied dem Innenausschuss an.

Der Deutsche Bundestag hat am 17. Januar für die laufende Wahlperiode 23 Ausschüsse eingesetzt. In den nächsten Tagen wird über deren personelle Besetzung entschieden.

Haben Sie Fragen oder Anregungen? dann nutzen Sie gerne die folgenden Kontaktmöglichkeiten.

Büro Berlin

Deutscher Bundestag
Matthias Hauer MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030 227 75169
Fax: 030 227 76169

Büro Essen

Matthias Hauer MdB
Blücherstr. 1
45141 Essen

Tel.: 0201 545 46100
Fax: 0201 545 46101



E-Mail: matthias.hauer@bundestag.de

Facebook: facebook.com/matthiashauer.cdu

Twitter: twitter.com/MatthiasHauer

Internet: matthias-hauer.de